

Kommentar

Demographie kein Rettungsanker

Die Zeichen für einen wirtschaftlichen Aufschwung in Westeuropa sind so günstig wie lange nicht mehr. In nahezu allen Regionen der Welt befindet sich die Wirtschaft auf Expansionskurs. Die ökonomischen Krisen der jüngsten Vergangenheit scheinen überwunden. Dies gilt insbesondere für Asien und Lateinamerika, aber auch in weiten Teilen Mittel- und Osteuropas ist die wirtschaftliche Erholung nach den anfänglichen Transformationswirren offensichtlich. All dies sind beste Wachstumsvoraussetzungen für eine exportorientierte Wirtschaftsnation wie Deutschland. Von diesem Wachstum wird auch der Arbeitsmarkt profitieren. Die Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen für das laufende Jahr mit einem Stellenzuwachs um 160.000 Personen und im kommenden Jahr mit einer weiteren Zunahme um 280.000 Stellen. Die Bundesanstalt für Arbeit wagt eine Prognose in vergleichbarer Größenordnung bereits für das Jahr 2002. Fast über Nacht scheint damit die in Deutschland über lange Jahre gewachsene Resignation am Arbeitsmarkt einer Euphorie gewichen, die nun allerdings zu überschießen droht.

Im Überschwang der guten Nachrichten sprechen erste Stimmen bereits von der Halbierung der Arbeitslosigkeit bis 2010. Gestützt werden solche Erwartungen nicht nur von einer optimistischen Fortschreibung der derzeitigen Wachstumsaussichten, sondern auch von der absehbaren demographischen Entwicklung. Diese wird dazu führen, dass die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bei gleichbleibender Gesamtbevölkerung abnimmt und somit eine vermeintliche Entlastung am Arbeitsmarkt eintritt. Allein bis zum Jahr 2010 wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach einer Prognose des IWH um knapp eine Mio. Personen gegenüber dem Jahr 2000 schrumpfen. Dieser Prozess dürfte sich in der weiteren Zukunft in ähnlicher Weise fortsetzen. Im Hinblick auf die erwartete Entlastung am Arbeitsmarkt ist jedoch eine ernsthafte Warnung angebracht.

Es gibt mindestens zwei Trends, die den erwarteten Entlastungseffekt zunichte machen dürften. Der erste besteht in der seit langem zu beobachtenden Zunahme der Erwerbsorientierung von Frauen. Schreitet dieser Prozess mit dem Tempo der Vergangenheit fort, was angesichts der zu beobachtenden gesellschaftlichen Trends stark anzunehmen ist, reicht dieser Verhaltenseffekt bereits für sich allein genommen aus, die demographische Entwicklung mindestens zu kompensieren. Umso verschärfender wirkt der zweite Trend, der sich als direkte Konsequenz der demographischen Entwicklung ergibt: Da der überproportionale Abgang aus dem Erwerbsleben gleichbedeutend ist mit einem überproportionalen Anstieg der Rentenbezieher, steigt die Belastung der Beitragszahler in die gesetzliche Rentenversicherung, mutmaßlich auch die Beitragsbelastung für die gesetzliche Krankenversicherung. Heute kommen auf eine Person im Alter über 65 knapp 4 Personen im erwerbsfähigen Alter. Bis zum Jahr 2010 wird die Zahl der potentiellen Beitragszahler pro Rentenempfänger auf 3,4 gesunken sein. Dies ist beim derzeitigen Rentenfinanzierungssystem gleichbedeutend mit einem Anstieg der Arbeitskosten, der sich für einen Arbeitsmarkt im internationalen Kostenwettbewerb kaum arbeitsplatzneutral auswirken dürfte. Vielmehr ist zu befürchten, dass der Anstieg der Beitragsbelastung Arbeitsplätze gefährdet. Eine Beitragssatzsteigerung in der gesetzlichen Rentenversicherung um beispielsweise einen Prozentpunkt zieht nach vorliegenden Schätzungen einen Arbeitsplatzverlust um knapp 0,5 % nach sich. Von daher ist die demographische Entlastung keineswegs als beruhigende, sondern eher als alarmierende Nachricht zu verstehen.

Der Reformdruck in Deutschland kann folglich nicht als erledigt betrachtet werden. Wachstumsorientierte Reformen in der Steuer- und Rentenpolitik sind weiterhin notwendig, um die Voraussetzung für sichere Arbeitsplätze zu schaffen. Wird der Reformdruck aufgrund zu euphorischer Erwartungen ignoriert, könnte sich der positive Tenor der Nachrichten aus der Wirtschaft schneller als gedacht wieder in die gewohnte Katastrophenstimmung verwandeln.

*Hilmar Schneider
(his@iwh.uni-halle.de)*